

**Vorlage für die Sitzung der
STAATLICHEN Deputation für Inneres
am 8. August 2017**

**Vorlage Nr. 19/138
Zu Punkt 04 der Tagesordnung**

**Einrichtung einer refinanzierten Stelle beim Statistischen Landesamt für das Projekt
"Kommunen innovativ WEBWiKo: Werkzeuge und Methoden zur Erstellung
kleinräumiger Bevölkerungsprognosen und Wirkungsszenarien in der inter-
kommunalen Kooperation"**

A. Problem

Das Statistische Landesamt hat sich auf Bitten der Senatskanzlei bereit erklärt, als ausführende Stelle das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderte Forschungsprojekt „Kommunen innovativ WEBWiKo: Werkzeuge und Methoden zur Erstellung kleinräumiger Bevölkerungsmethoden und Wirkungsszenarien in der interkommunalen Kooperation, Teilprojekt 2“ durchzuführen. Inhalt dieses Projektes ist die technische Realisierung und methodische Weiterentwicklung der Datenbeschaffung, Datenhaltung, Datenaufbereitung, laufenden Datenaktualisierung und Darstellung in enger Zusammenarbeit mit folgenden am Projekt beteiligten Stellen:

- Kommunalverbund Niedersachsen/Bremen e.V., Delmenhorst;
- regio gmbh Institut für Regionalentwicklung und Informationssysteme, Oldenburg;
- ILS – Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung gGmbH, Dortmund
- OFFIS e.V., Oldenburg.

Das Vorhaben hat das Ziel, Instrumente und organisatorische Lösungen für die Erstellung von kleinräumigen Bevölkerungsprognosen und darauf aufbauenden Wirkungsszenarien zu entwickeln und zu erproben. Im Projekt sollen Methoden, Werkzeuge und organisatorische Lösungen erarbeitet werden, um die Kommunen im Kommunalverbund in die Lage zu versetzen, die bei ihnen sich spezifisch vollziehenden Entwicklungen zu analysieren.

Exemplarisch für den Gesamttraum wird das Projekt mit vier Kommunen unterschiedlicher Größe und Organisationsstruktur erarbeitet. Die Zielgruppe sind dabei die planungsbezogenen Fachebenen und die Leitungs- und Entscheidungsebenen der Kommunen.

Thematisch fokussiert das Projekt auf

- die demografische Entwicklung,
- die Wohnungsmarktentwicklung,
- die soziale Infrastruktur und
- die Siedlungsflächenentwicklung

in ihren jeweiligen Wirkungszusammenhängen und unterschiedlichen räumlichen Maßstabsebenen einschließlich der räumlichen Interdependenzen. In den vier unterschiedlich strukturierten Kommunen sollen Lösungsansätze für die interkommunale Kooperation in ausgewählten, sich gegenseitig beeinflussenden Planungsfeldern (demografische Entwicklung, Siedlungsflächenentwicklung, soziale Infrastruktur, Wohnungsmarktentwicklung) entwickelt und erprobt werden. Es sollen rasterbasierte Daten zugänglich gemacht und Lösungen für ein nachhaltiges, automatisiertes Datenmanagement entwickelt werden. Nach Projektende sollen die Ergebnisse aus den Beispielkommunen direkt auf alle am Kommunalverbund beteiligten Kommunen ausgeweitet werden können.

Die ausgewählte Region Bremen weist mit seiner administrativen Zersplitterung (2 Bundesländer, 7 Regionalplanungsträger) eine lange Historie der interkommunalen Kooperation auf. Im engeren Verflechtungsbereich um Bremen existiert mit dem Kommunalverbund Niedersachsen/Bremen bereits eine institutionelle Kooperationsstruktur, die zu einer Vertiefung der (strategischen) Planungs Kooperation beiträgt. Der Grundsatzbeschluss zur Regionalentwicklung hat einen höheren Verbindlichkeitsgrad in der interkommunalen Planung als Ziel formuliert. Für Planungsansätze stellt die demografische Entwicklung in der Stadtregion eine zentrale Entscheidungsgrundlage dar, mit der sich die Region bereits intensiv beschäftigt hat. Die gewählten Ansätze haben bisher noch nicht dazu geführt, dass Daten zur demografische Entwicklung und zu den Wirkungszusammenhängen laufend, grenzüberschreitend und auf kleiner räumlicher Maßstabsebene gesammelt und für kooperative Planungsprozesse nutzbar gemacht werden konnten.

B. Lösung

Das Statistische Landesamt erfüllt u.a. die Aufgabe eines Städtestatistischen Amtes der Stadt Bremen. Es betreibt Stadtforschung, verwaltet das kleinräumige Bezugssystem sowie das amtliche Straßenverzeichnis und fungiert als Wahlamt. Darüber hinaus unterhält es statistische Datenbanken und berät die Behörden in statistischen Fragen. Hier sollen auf Basis der bestehenden Erfahrungen mit dem Demografiemonitoring die Konzeption und der Aufbau der Dateninfrastruktur koordiniert und der Implementierungsprozess begleitet werden.

C. Finanzielle / Personalwirtschaftliche Auswirkungen / Genderprüfung:

Mit Zuwendungsbescheid vom 26.01.2017 ist die Vollfinanzierung des Projekts aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung für den Zeitraum vom 01.04.2017 – 30.09.2019 bewilligt worden. Als Projektförderung steht dem Statistischen Landesamt insgesamt eine nicht rückzahlbare Zuwendung bis zu 146.490,00 Euro zur Verfügung.

Pro Haushaltsjahr sind damit die Kosten für 0,75 Vollzeiteinheiten (VZE) einer nach Entgeltgruppe 13 TV-L bewerteten Stelle inklusive der Lohnnebenkosten, der Arbeitsplatzkosten sowie der Sach- und Gemeinkostenzuschläge refinanziert. Beim Statistischen Landesamt sollen korrespondierende refinanzierte Einnahme- und Ausgabehaushaltsstellen eingerichtet werden.

Es bestehen keine genderspezifischen Auswirkungen.

D. Beteiligung und Abstimmung

Die Vorlage ist mit der Senatorin für Finanzen abgestimmt.

E. Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Öffentlichkeitsarbeit wird nicht empfohlen. Die Vorlage ist nach Beschlussfassung für die Veröffentlichung geeignet.

F. Beschlussvorschlag

1. Die staatliche Deputation für Inneres nimmt die Beteiligung des Statistischen Landesamtes an dem Forschungsprojekt „Kommunen innovativ WEBWiKo: Werkzeuge und Methoden zur Erstellung kleinräumiger Bevölkerungsmethoden und Wirkungsszenarien in der interkommunalen Kooperation“ zur Kenntnis.

2. Sie stimmt der Einrichtung einer refinanzierten Stelle und der befristeten Einstellung eines/einer Beschäftigten beim Statistischen Landesamt mit 30 Wochenstunden in Entgeltgruppe 13 TV-L zu.
3. Die staatliche Deputation für Inneres bittet die Senatorin für Finanzen sowie den Senator für Inneres, die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen zur Einrichtung und zur Finanzierung der Stelle sowie des Geschäftsbedarfs zu schaffen.